



öffentlich

**Betreff:**

Bessere Information der Stadtverordneten

**Einreicher:** Fraktion CDU/ANW. Fraktion FDP/FP

Erstellungsdatum 15.10.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.11.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung so wie beschlossen umgesetzt werden.
2. Ist in begründeten Fällen eine vollständige Umsetzung der Beschlüsse, einschließlich der festgelegten Termine, nicht möglich, wird der Oberbürgermeister verpflichtet die Stadtverordnetenversammlung unverzüglich zu informieren.
3. Außerdem wird der Oberbürgermeister aufgefordert, eine Beschlusskontrolle einzurichten, so dass die Stadtverordneten sich jederzeit im RIS über den Stand der Umsetzung der Beschlüsse informieren können.

gez. Michael Schröder  
Fraktionsvorsitzender

gez. Martina Engel-Fürstberger  
Fraktionsvorsitzende

CDU/ANW  
Unterschrift

FDP/FP

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Es kommt immer wieder vor, dass Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht oder nicht vollständig umgesetzt werden und dies erst bekannt wird, wenn die Stadtverordneten selbst darauf stoßen, so beispielweise bei der nicht entsprechend SSV-Beschluss eingestellten Mittel für die B273 in Bornstedt oder für den Neubau von Radwege.